

Den Letzten beissen die Hunde

Kampfhunde-Verbot Es geht um die Glaubwürdigkeit der Politik – einmal mehr



PETER BURI

Die Emotionen gingen hoch, als vor vier Monaten ein Kindergärtler von drei entwichenen Pitbulls totgebissen wurde. Die empörte Öffentlichkeit erwartete verständlicher Weise von Politik und Behörden rasch wirksame Massnahmen, damit sich ein solch schreckliches Ereignis nicht wiederholen kann. Der «Blick» lancierte sogar eine Petition, die von fast 180 000 Personen unterschrieben wurde; darunter mehr als die Hälfte der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Bereits sechs Wochen nach dem tragischen Vorfall präsentierte das im Departement von Bundesrat Joseph Deiss angesiedelte Bundesamt für Veterinärwesen ein Massnahmenpaket, mit einem Pitbull-Verbot und scharfen Haltungsvorschriften für 13 weitere Hunderassen als spektakulärsten Elementen. Auf den ersten Blick zweifellos ein beachtlicher Ausdruck von politischer Willens- und Handlungsstärke. Doch wie verhält es sich auf den zweiten Blick? Die Hauptmassnahmen würden zwar die Bedrohung durch Kampfhunde etwas reduzieren. Sie sind jedoch mit dem Makel der Willkür behaftet, weil eine klare Abgrenzung zwischen gefährlichen und ungefährlichen Hunden gar nicht möglich ist. Es bleibt mehr als nur ein Restrisiko bestehen, dass sich der nächste Unfall mit einer nicht auf dem Index stehenden Hunderasse ereignet. Gesetze und Verbote sind bekanntlich nur so viel wert wie ihre Durchsetzbarkeit. In dieser Erkenntnis liegen wohl die Skepsis und der Wider-

stand gegenüber dem Massnahmenpaket Deiss begründet, die nun auch zum unsäglichen Hickhack im Bundesrat und zu einer beispiellosen «Kollegialschelte» geführt haben. Es ist das gute Recht von Bundesrat Deiss, auf die moralischen Konsequenzen hinzuweisen, wenn durch das Seilziehen ein nächster Hundefall nicht verhindert werden könne. Allerdings kann er sich selber damit nicht vollständig aus der politischen Verantwortung nehmen: Deiss musste damit rechnen, dass das Massnahmenpaket – nach einem gewissen zeitlichen Abstand zum Schreckensereignis – anderen Qualitätskriterien respektive auch einer sachlich-nüchternen Beurteilung standhalten muss; vor allem was die Durch- und Umsetzbarkeit anbetrifft. Ins gleiche politische Dilemma zwischen Aktivismus und Augenmass sind nun auch jene 148 Parlamentsmitglieder geraten, die ihre Unterschrift unter die Kampfhunde-Petition gesetzt haben. Ihr Bekenntnis zur harten Linie wird nächste Woche bei der Beratung und Abstimmung über zwei Parlamentsmotionen öffentlich auf die Probe gestellt. Man darf gespannt sein, wie sie sich aus der Affäre ziehen werden: «Den Letzten beissen die Hunde...»? – In diesem Falle stimmt das Sprichwort nur bedingt. Denn zu den Verlierern gehört Bundesrat als Ganzes. Das Hüft und Hott bei der Kampfhunde-Frage tangiert die Glaubwürdigkeit der Politik – einmal mehr. Einmal mehr auf überflüssige Art und Weise: Mit etwas mehr politischem Geschick wäre auch dieses Trauerspiel zu vermeiden gewesen. peter.buri@azag.ch



CLAUS KNEZY

Die Welt ist eine Scheibe

Gastautorin Wenn plötzlich Religionen die Politik dominieren



REGULA STÄMPFLI

Hätten vor zehn Jahren ein Vertreter der muslimischen Minderheit und ein Priester am Fernsehen in einer öffentlich-rechtlichen Sendung über die Meinungsfreiheit diskutiert, die meisten von uns hätten wohl laut gelacht. Doch das Lachen ist uns mittlerweile im Hals stecken geblieben. Goodbye Galilei, goodbye Newton, goodbye Einstein, goodbye Alexis de Tocqueville, goodbye Hannah Arendt! Die Welt ist wieder eine Scheibe. Prediger und Vertreter aller Religionen und Arten interpretieren und regieren ganz offensichtlich die Welt oder mindestens die Öffentlichkeit. Dass Religionen in der Politik nichts anderes als Hass, Blut und Krieg mit sich gebracht haben, ist wohl im Jetztzeit-Fetischismus der Medien vergessen gegangen. Experten verlieren sich in Trivialitäten, Politiker verneigen ihre Häupter in Richtung Öl und Aktienwert und die Staatsrechtler, Journalisten sowie die Philosophen verstehen die Welt nicht mehr. Wer immer wieder betont, Politik sei das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrages mit einer möglichst weitgehenden Trennung von Religion und Staat, wer immer auch betont, Politik sei eine Angelegenheit dieser und nicht jener Welt, wird mittlerweile so behandelt, als stamme er vom Planeten Zorg ab. Präsident Bush hält sich mit der Bewegung der Evangelikalen an der Macht. Eine Bewegung, welche die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Darwin bis Einstein verneint und stattdessen im «Intelligent Design» die Genesis predigt. Präsident Achmadinedschad polemisiert mit Allah und sucht mit antichristlicher und antisemitischer Hetze den Tod aller «Ungläubigen». Wo immer wir auch hinblicken, entblättert sich uns eine Welt, die wir – wenigstens intellektuell – seit der Französischen Revolution im tiefsten Mittelalter versunken glaubten.

Wir finden uns in Argumentationen, die so geführt werden, als hätte es eine liberale Demokratie gar nie gegeben. Wir sehen erschüttert zu, wie Politprediger uns weismachen und auch so in den Medien zitiert werden, dass ihre Mordlust eine Religion und nicht einfach nur eine Terrorstrategie sei. Meinetwegen dürfen alle gerne und lange für die Politik beten. Aber wenn sie dies in der Politik tun, dann hört der Spass auf. Denn die Inquisition, die Kreuzzüge, die Scharia, der Hexenhammer oder was auch immer die wahnsinnigen religiösen Knechtungsinstrumente der Menschen über Menschen sind, haben in den liberalen Demokratien Rede-, Handlungs- und Werteverbot. Die Relativierung menschlicher Grundrechte als so genannte «Kultur» oder «Religion» dient nur dazu, Menschen und vor allem Frauen und Kinder zu versklaven. Es ist politologisch völlig absurd, Menschengruppen in der Schweiz plötzlich als «christlich», als

Dabei ist nur der Islam eine Religion, der Islamismus aber nicht. Der Islamismus ist eine extreme, intolerante und auf Gewalt gebaute politische Bewegung. Sie sprengt alle unsere bisherigen Kategorien des politischen Denkens und unsere Massstäbe für das moralische Urteil.

Umso wichtiger ist deshalb die Unterscheidung. Umso wichtiger die Präzision der politischen Analyse. Weshalb mischen sich Schweizer Bürger oder in der Schweiz Wohnhafte plötzlich «als Muslime» in eine Diskussion ein, wenn es um die Gefährlichkeit dieser neuen mörderischen Ideologie geht? Weshalb als «Muslime» und nicht als Philosophen, Juristen, Ökonomen, Lehrer oder Kulturschaffende? Weshalb reden Schweizer Bürger zum Krieg um die geopolitische Machtverteilung plötzlich in der Funktion als «Christen»? Werden künftig politische Diskussionen nicht mehr zwischen Links, Rechts, Mitte und Aussen, sondern unter Schweizer Bürgern «katholischen», «hinduistischen», «protestantischen» Glaubens etc. geführt? Religion darf ebenso wenig wie Biologie zum politischen Programm verkommen.

Nochmals Hannah Arendt: «Die hier so offenkundige Diskrepanz zwischen Ursache und Wirkung beleidigt nicht nur den gesunden Menschenverstand, sie irritiert auch den Historiker, der sich in einer solchermassen aus den Fugen geratenen Welt nicht mehr auskennt.» Es ist höchste Zeit, die Welt wieder zur Kugel zu erklären. Und nicht als «Muslime», «Katholiken» oder «Protestanten» und anderes, sondern ausschliesslich als Demokraten.

Werden politische Diskussionen nicht mehr **unter Links, Rechts, Mitte**, sondern unter Katholiken, Muslimen, Protestanten, Hinduisten geführt?

«jüdisch», als «muslimisch», als «hinduistisch» oder sonst irgendwie zu kategorisieren. Denn die einzige relevante politische Identität in einem demokratischen Rechtsstaat ist die rechtliche. Nicht die religiöse. Oder glauben Sie, dass die Nationalsozialisten in Deutschland wieder erlaubt werden, wenn sie sich als Religion registrieren? Die Philosophin Hannah Arendt meint einmal: «Gewalt beginnt, wo das Reden endet.» Die liberalen Intellektuellen im Westen und im Osten sind schon lange mundtot. Denn die Indoktrinierung der Islamisten und der westlichen Politiker ist schon so weit gedungen, dass das Element der Gewalt nun zu sämtlichen Bereichen der Politik gehört. Die schreckliche Originalität dieser totalitären politischen Bewegung besteht darin, dass sie ihre Tarnung perfekt als Religion vorführt.

Regula Stämpfli ist Politikwissenschaftlerin, Dozentin und Buchautorin. Sie hat verschiedene Beiträge zur europäischen Politik und Geschichte verfasst. (www.regulastaempfli.ch).

Lackmustest für die Bürgerlichen

Steuergesetzrevision Der Aargau muss den Mut für massive Entlastungen aufbringen



BALZ BRUDER

Wie gross ist der steuer- und damit finanzpolitische Spielraum des Kantons Aargau? Beziehungsweise: Wie gross ist der Handlungsbedarf bei der Entlastung der natürlichen und juristischen Personen? Die Fragen stellen sich gebieterisch, nachdem die erste Lesung des revidierten Steuergesetzes in der vorberatenden grossrätlichen Kommission zu massiven Differenzen mit den regierungsrätlichen Vorstellungen geführt hat. Was insofern kaum zu erstaunen vermag, als die Exekutive der Legislative eine Revisionsvorlage präsentiert hat, die diesen Namen unter keinem Titel verdient. Es ist denn auch kein Zufall, dass sich die Stimmen jener mehren, die für den Fall eines steuerpolitischen Tretens an Ort schon heute mit einer schicklichen Beerdigung der Vorlage liebäugeln.

Bei allem Verständnis für dieses Szenarium: Es muss verhindert werden, dass der Aargau im interkantonalen (und internationalen) Steuerwettbewerb weiter an Boden verliert. Oder, anders ausgedrückt: Der Aargauische Gewerbeverband und die Aargauische Industrie- und Handelskammer haben Recht, wenn sie dem Kanton unter Ausklammerung der «Exoten» Schwyz, Zug und Obwalden standortpolitisch «massive Steuerentlastungen» empfehlen. Denn erstens darf die Wirkung temporärer Steuerausfälle – eingedenk notorisch nicht eintreffender pessimistischer Prognosen – nicht überschätzt werden. Zweitens werden die Ausfälle mehr als ausgeglichen, wenn die Verbesserung der steuerpolitischen Standortqualität zur Folge hat, dass der Aargau für Unternehmen und Steuerzahlende ein attraktiveres Pflaster wird. Und drittens müsste dieser Lackmustest bürgerlicher Politik nicht nur von der SVP und der FDP, sondern auch von der CVP zu bestehen sein. balz.bruder@azag.ch